

Gesundheitspolitik der großen Koalition – Aus Murks wurde Gesetz

Zum 1.1.09 trat der Gesundheitsfonds und die Honorarreform der großen Koalition in Kraft.

Was ändert sich für die Kassenpatienten? Sie zahlen mehr für die Krankenversicherung, gleichzeitig erleben sie, dass Frauenärzte nur noch gegen Vorkasse behandeln und Fachärzte in Pflegeheimen die Besuche einstellen wollen. Auslöser für die Ärzteproteste ist die Honorarreform, die im Rahmen der Selbstverwaltung von Krankenkassen und Ärzten für den 1.1. neu vereinbart wurde. Vereinbart war, dass alle Ärzte bundesweit 10% mehr zum Vergleichsjahr 2007 also circa 3 Milliarden Euro zusätzlich bekommen.

Für die bayerischen Ärzte und Ärztinnen bedeutet dies ein Plus von circa 290 Millionen Euro, ein Plus von 6,3 %. Doch der Sturm der niedergelassenen Fachärzte zeigt, dass die Reform massive Verwerfungen innerhalb der Fachärztegruppen auslöst. Das Honorar der Ärzte selbst setzt sich seit dem 1.1.09 zusammen aus einem festgesetzten Orientierungspunktwert von 3,5 Cent, aus freien Leistungen, aus den sogenannten IGEL-Leistungen und den Honoraren für Behandlungen von Privatpatienten. Gerade Facharztgruppen, die keine oder kaum freie Leistungen erbringen können, zählen zu den Verlierern. Hier ist vom Geldsegen nichts zu spüren, sondern es gibt Honorareinbußen, die teilweise an die Existenz gehen. Nun soll die Honorarreform in Bayern in eine 2. Runde gehen. Keine Praxis soll mehr als 5% verlieren. Wer die Ärzteschaft kennt, weiß genau, dass die Gewinner der Honorarreform, die zum Teil ein Plus von 30% verbuchen können, nicht freiwillig abgeben werden. Mehr Fragen als Lösungen bietet die große Koalition an. Kein Mensch konnte mir Antwort geben, wo die zusätzlichen 290 Millionen € für die bayerischen Ärzte geblieben sind.

Mit dem Gesundheitsfonds wurde aus Murks eine Reform, die bürokratisch, zentralistisch ist und gleichzeitig deutlich macht, dass faule Kompromisse in der Politik nichts taugen. In der Gesundheitspolitik brodelt es nicht nur, das Fass ist schon am überlaufen.

Gesundheitspolitik wird ein zentraler Punkt im Bundestagswahlkampf werden. Unsere Bürgerversicherung ist ein wichtiger Baustein für die politische Auseinandersetzung. Auch für uns stellt sich die Frage, wie eine Versorgung von Patientinnen und Patienten in einer älter werdenden Gesellschaft mit medizinischem Fortschritt, bezahlbar sein wird.